



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Hauptausschusses
und des Rates der Stadt Wuppertal
Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Schneidewind
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Es informiert Sie Sarah Hoffmann
Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 5972
Fax (0202) 244 09 87
E-Mail hoffmann@spdrat.de
Datum 30.03.2022

Antrag

Drucks. Nr. VO/0393/22
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
31.03.2022	Hauptausschuss
05.04.2022	Rat der Stadt Wuppertal

**Antrag zur Tagesordnung der SPD-Fraktion vom 30.03.2022, TOP 4.3: „Housing First,,
(VO/0229/22) der o. g. Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates der Stadt
Wuppertal**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen den gemeinsamen Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Housing First“ bzw. Obdachlosenhilfe (VO/0229/22) leicht geändert (vgl. durch- und unterstrichenen Beschlusstext) beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit den wesentlichen Trägern der Obdachlosenhilfe ein Housing-First Konzept zu erarbeiten ~~und umzusetzen~~. Dieses soll langfristig dazu beitragen, die Zahl von obdachlosen Menschen in Wuppertal signifikant zu senken.

Ziel des zu erarbeitenden Konzeptes soll es sein, Wohnungen dauerhaft für die Nutzung durch das Konzept von Housing First mithilfe folgender Schritte umzuwidmen:

a) Prüfen, welche Wohnungen im Besitz der Stadt Wuppertal bereits jetzt für Housing First geeignet sind.

b) Bei privaten Vermietern sich dafür einzusetzen, eine Nutzung von Wohnungen im Rahmen von Housing First zu ermöglichen (also eine direkte Vermietung an die von Wohnungslosigkeit Betroffenen nach Vermittlung durch Träger oder der Stadt Wuppertal).

c) In Kooperation mit Trägern, die sich an Housing First beteiligen möchten, die Suche aufzunehmen nach Wohnungen, die für Housing First genutzt werden können, oder die Vermieter bereit sind, diese auch an Betroffene zu vermieten.

d) ~~Insgesamt mindestens 20 Wohnungen~~ Eine geeignete Anzahl an Wohnungen für Housing First (ggf. in vorgenannter Kooperation) für einen Modellversuch zur Verfügung zu stellen.

e) Eine gezielte Verteilung entsprechender Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit den wesentlichen Trägern der Obdachlosenhilfe, zu prüfen, ob kurz- und mittelfristig Wohnungen für Housing First für einen Modellversuch zur Verfügung gestellt werden können. Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG) wird aufgefordert bis August 2022 zu prüfen inwiefern aus ihrem Bestand Wohnraum für ein Housing-First-Modellprojekt zu einem adäquaten Mietzins zur Verfügung gestellt werden könnten.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, die soziale Betreuung im Rahmen von Housing First über die lokalen Träger sicherzustellen. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt zur finanziellen Absicherung der psychosozialen Betreuung Gespräche mit dem Landschaftsverband Rheinland im Hinblick auf eine zumindest teilweise Kostenübernahme zu führen. Das eingesetzte Personal soll dabei mit dem Konzept Housing First und der Arbeit in der Wohnungslosenhilfe beziehungsweise in der Arbeit mit Menschen mit sozialen Schwierigkeiten vertraut sein.

4. Zur Vergabe der Wohnungen im Rahmen des Konzeptes Housing First soll mithilfe der Träger ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, nach dem die zur Verfügung stehenden Wohnungen vergeben und an Menschen durch die Träger vermittelt werden.

5. Dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit wird das Konzept nach Fertigstellung spätestens bis zum IV. Quartal 2022 vorgestellt. ~~Der Ausschuss wird fortlaufend über die Umsetzung des Housing-First-Konzeptes in Wuppertal informiert.~~

6. Für die geforderten Konzepte und Prüfungen bzw. für deren Umsetzung sind Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Finanzielle Mittel für die Konzeptbearbeitung und ggf. einen Modellversuch wie unter 2. sind im Haushaltsplan zu berücksichtigen.

Begründung

Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt den gemeinsamen Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Housing First“ bzw. Obdachlosenhilfe (VO/0229/22). Jedoch kann die Beauftragung der Verwaltung mit der Umsetzung des hier geforderten Konzepts erst in einem nächsten Schritt erfolgen. Zunächst sollten die geforderten Prüfungen und Konzeptionierungen beschlossen und die Ergebnisse dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit vorgelegt sowie entsprechende Haushaltsmittel eingeplant und bereitgestellt werden.

Erst danach, auf Grundlage der geforderten Konzepte und Ergebnisse der Prüfungen, kann die konkrete Umsetzung der möglichen Maßnahmen, vom Rat beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender